
Beschluss des Ministerrats der DDR "zur sozialen Sicherstellung von Angehörigen des Amtes für Nationale Sicherheit"

Am 7. Dezember 1989 forderte der Zentrale Runde Tisch die Auflösung des Stasi-Nachfolgers Amt für Nationale Sicherheit (AfNS). Um den Stasi-Mitarbeitern den Übergang ins zivile Erwerbsleben zu erleichtern, sollten sie Übergangsgelder erhalten und für drei Jahre Ausgleichszahlungen zusätzlich zu ihrem künftigen Lohn.

Mit der Wahl einer neuen Regierung durch die Volkskammer der DDR am 17. November 1989 wurde das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umgewandelt. Das Amt unterstand nun nicht mehr direkt der SED-Führung, sondern dem Ministerpräsidenten. Dem AfNS unterstellt waren die Bezirks- und Kreisämter, ehemals Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS.

Nur wenige Tage nach dieser Zäsur, am 4. und 5. Dezember 1989, verschafften sich mutige Bürgerinnen und Bürger, angeführt von Mitgliedern der Bürgerbewegung, Zugang zu den Bezirks- und etlichen Kreisämtern in der gesamten DDR. Die Protagonisten forderten, die Aktenvernichtung zu unterbinden und die Archive der Stasi zu versiegeln. Sie wollten Einsicht in die Heizanlagen, in die Aschetonnen sowie in die Kofferräume der Pkws und Aktentaschen der Mitarbeiter der Geheimpolizei haben. Hintergrund waren Gerüchte über die Vernichtung von Unterlagen der Staatssicherheit, die sich bestätigten.

Am 7. Dezember 1989 forderte der Zentrale Runde Tisch die Auflösung des AfNS – auch mit den Stimmen der SED-Sprecher. Am 14. Dezember wurde das MfS durch den kleineren Verfassungsschutz (ca. 10.000 Mitarbeiter) und einen mit ca. 4.000 Mitarbeitern gegenüber der Hauptverwaltung A (HV A) fast unveränderten Nachrichtendienst ersetzt. In diese Dienste sollten keine ehemaligen Führungskader der Staatssicherheit übernommen werden.

Um die Entlassungswelle, die nun auf die Stasi-Mitarbeiter zurollte, abzumildern und möglichst keinen Protest aufkommen zu lassen, erhielten sie eine finanzielle Abfindung. Dies rief nach Bekanntwerden erheblichen öffentlichen Ärger hervor. Besonders kritisiert wurde, dass Stasi-Mitarbeiter mit mehr als acht Dienstjahren für drei Jahre eine "Übergangsbeihilfe in Höhe der Differenz zwischen 80 Prozent der bisherigen Nettodienstbezüge und dem Nettoverdienst in der zivilberuflichen Tätigkeit" erhalten sollten.

Signatur: BArch, MfS, SdM, Nr. 1508, Bl. 89-93

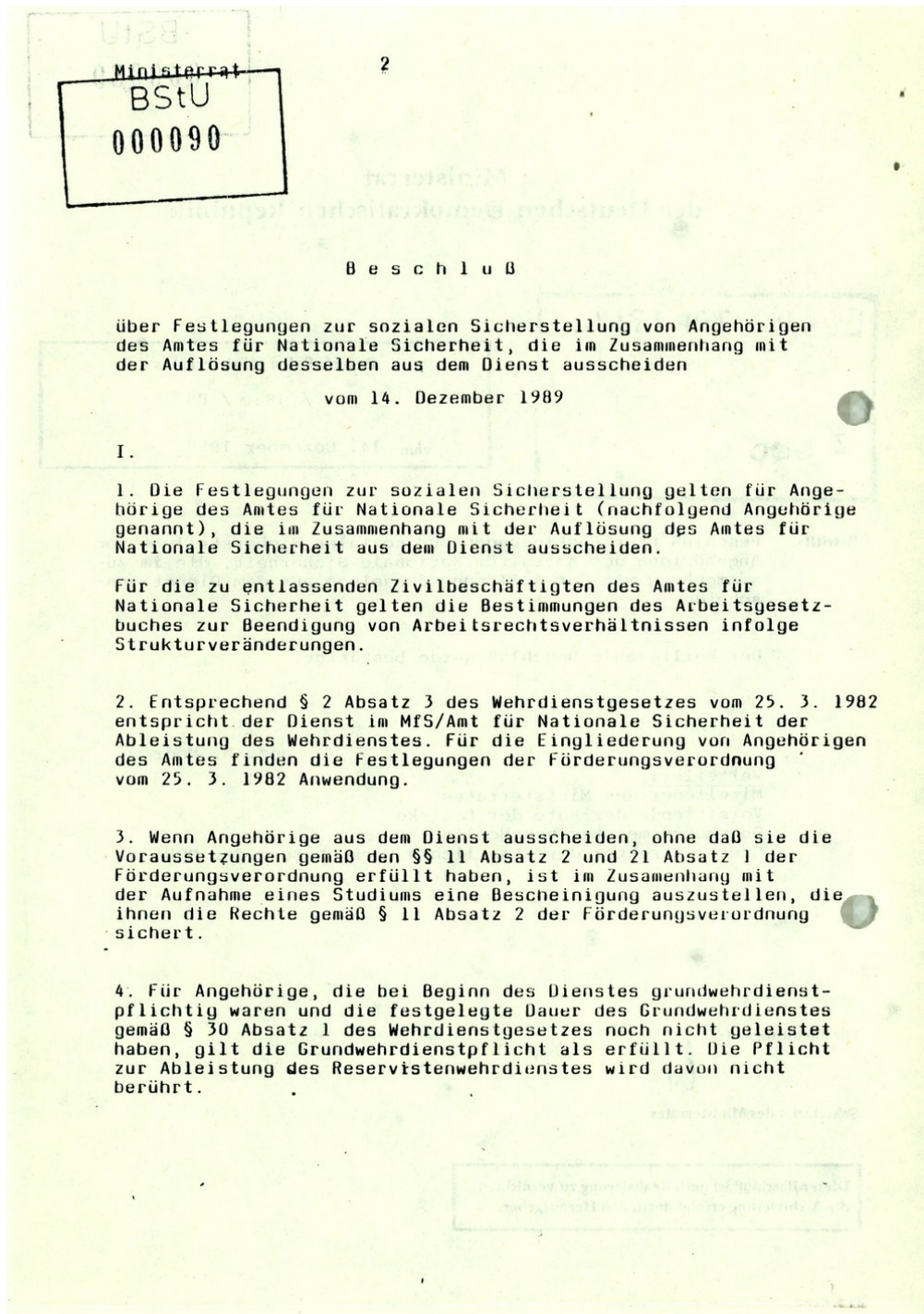
Metadaten

Diensteinheit: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik
Datum: 14.12.1989
Rechte: BStU
Überlieferungsform: Dokument

Beschluss des Ministerrats der DDR "zur sozialen Sicherstellung von Angehörigen des Amtes für Nationale Sicherheit"

<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; display: inline-block;">BStU 000089</div>	
Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik	
<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; display: inline-block;">LVS/MR/754.18c/ 7.0 DEZ 1989 Z 600</div>	<div style="border: 1px solid black; padding: 5px;">Beschluß des Ministerrates 6 / 18.c / 89 vom 14. Dezember 1989</div>
<p>Betrifft: Beschluß über Festlegungen zur sozialen Sicherstellung von Angehörigen des Amtes für Nationale Sicherheit, die im Zusammenhang mit der Auflösung desselben aus dem Dienst ausscheiden</p> <p>Der beiliegende Beschluß wurde bestätigt.</p> <p style="text-align: right;">gez. H. Modrow</p> <p>Verteiler: Mitglieder des Ministerrates Vorsitzende der Räte der Bezirke Oberbürgermeister von Berlin Generaldirektor der Staatlichen Versicherung der DDR</p> <p>Für die Richtigkeit: <i>ku</i></p> <p>Sekretariat des Ministerrates</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin-top: 10px; text-align: center;">Dieser Beschluß ist nach Realisierung zu vernichten; die Archivierung erfolgt durch den Herausgeber.</div>	

Beschluss des Ministerrats der DDR "zur sozialen Sicherstellung von Angehörigen des Amtes für Nationale Sicherheit"



Beschluss des Ministerrats der DDR "zur sozialen Sicherstellung von Angehörigen des Amtes für Nationale Sicherheit"

3

BStU
000091

II.

1. Auf der Grundlage der in den bewaffneten Organen geltenden dienstlichen Bestimmungen haben Angehörige bei Vorliegen der Bedingungen Anspruch auf Rentenleistungen und Überbrückungsgeld (Übergangsgebührrnisse, Übergangsbeihilfe).

2. Die Alters- und Invalidenrente beträgt 75 % der beitragspflichtigen Bruttovergütung.

3. Liegt zum Zeitpunkt der Entlassung ein dauernder Körperschaden infolge Dienstbeschädigung vor, wird in Abhängigkeit vom Grad des Körperschadens Dienstbeschädigungsvollrente bzw. Dienstbeschädigungsteilrente gezahlt.

Die Dienstbeschädigungsvollrente beträgt 80 % der beitragspflichtigen Bruttovergütung. Die Dienstbeschädigungsteilrente wird unter Beachtung des Körperschadens (mindestens 20 %), abgeleitet von der Dienstbeschädigungsvollrente, in differenzierter Höhe gewährt.

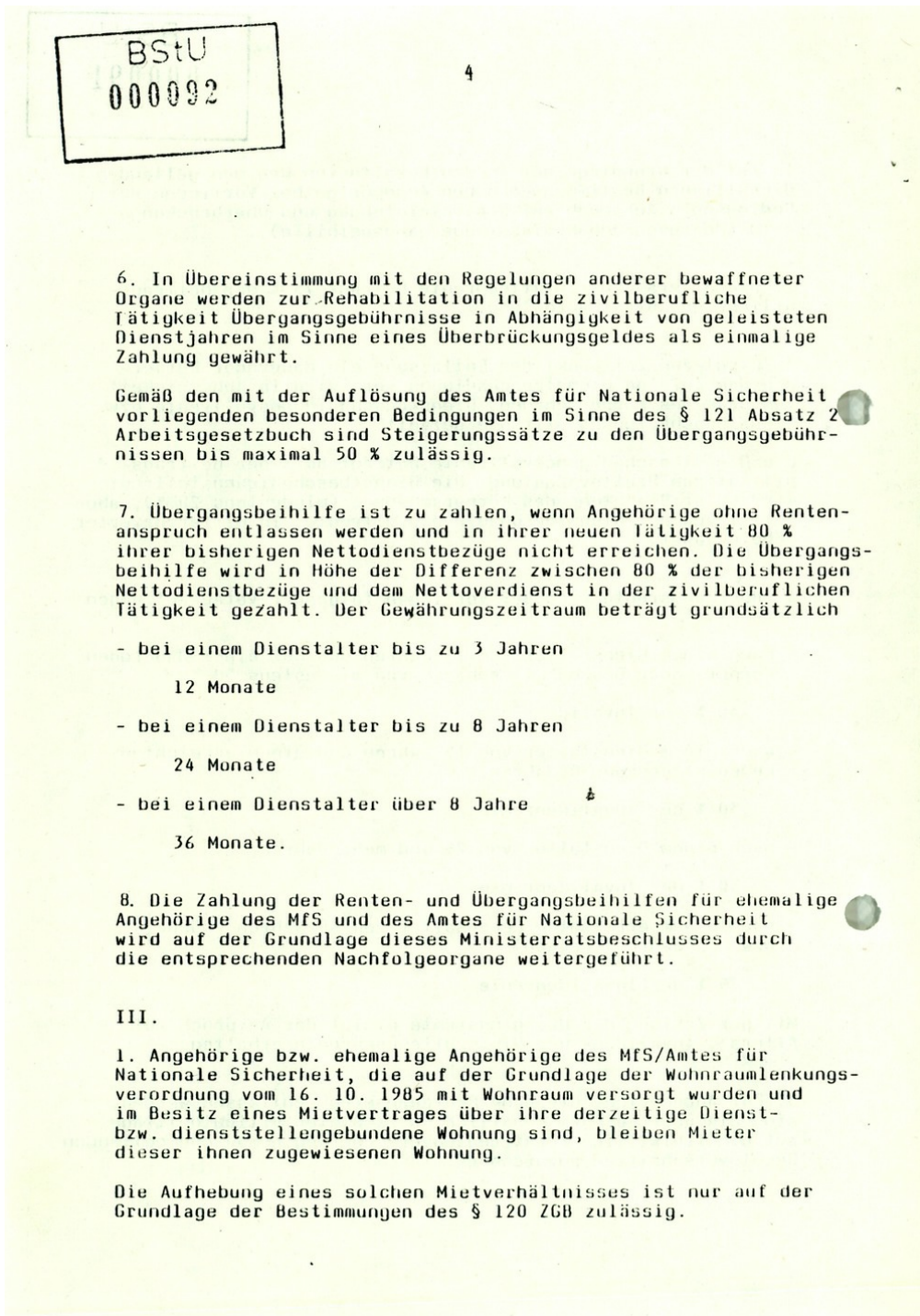
4. Übergangsrente wird bei Vorliegen folgender Voraussetzungen gewährt:

- nach einem Dienstalster von 15 Jahren und bei einem dauernden Körper- oder Gesundheitsschaden von mindestens 50 %
30 % der Invalidenrente
- nach einem Dienstalster von 15 Jahren und einem erreichten Lebensalter von 50 Jahren
30 % der Invalidenrente
- nach einem Dienstalster von 25 und mehr Jahren
50 % der Invalidenrente
- nach einem erreichten Lebensalter von 60 Jahren (Männer) bzw. 55 Jahren (Frauen)
75 % der Invalidenrente

Mit der Zahlung der Übergangsrente bleibt der Anspruch auf Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrente erhalten.

5. Für Angehörige, die ohne Rentenanspruch entlassen werden, sind die über 60 Mark monatlich entrichteten Pflichtbeiträge auf die freiwillige Zusatzrentenversicherung gemäß den geltenden Rechtsvorschriften anzurechnen.

Beschluss des Ministerrats der DDR "zur sozialen Sicherstellung von Angehörigen des Amtes für Nationale Sicherheit"



Signatur: BArch, MfS, SdM, Nr. 1508, Bl. 89-93

Blatt 92

Beschluss des Ministerrats der DDR "zur sozialen Sicherstellung von Angehörigen des Amtes für Nationale Sicherheit"

